

In 20 Jahren „gigantisches Entsorgungsproblem“

KREIS COESFELD. Die Bürgerinitiative ProBaumberge nimmt Stellung zu den jüngsten Berichten über den Ausbau der Windenergie und kritisiert die politische Forderung, der ländliche Raum müsse überproportional mehr zur Energiewende beitragen.

Immer wieder werde behauptet, „der ländliche Raum habe für die Versorgung urbaner Zentren eine besondere Verantwortung“, kritisiert eine Sprecherin der Bürgerinitiative aus Havixbeck. Dabei werde übersehen, dass längst klare gesetzliche Regelungen bestehen, die den erforderlichen Flächenanteil für Windkraft festlegen. Im Münsterland seien diese Flächen durch den im Sommer 2025 verabschiedeten Regionalplan bereits verbindlich ausgewiesen worden. „Wenn die dort vorgesehenen Anlagen realisiert werden, ist der regionale Beitrag zur Energiewende erfüllt“, meint ProBaumber-

ge in der Mitteilung. „Die Bezirksregierung hat diese Flächen sorgfältig ausgewählt, um Landschaftsschutzgebiete und ökologisch sensible Bereiche zu schützen.“

Kritik übt die Initiative, dass Windkraftanlagen auch außerhalb der ausgewiesenen Vorrangzonen zugelassen würden. Dies führe zu einer „unkontrollierten Ausweitung in unpassende Gebiete“ und unterlaufe die Planungsarbeit der Bezirksregierung.

Darüber hinaus verweist ProBaumberge auf technische und ökologische Grenzen: Die vorhandenen Stromspeicher könnten den erzeugten Überschussstrom nicht aufnehmen, während sogenannte Dunkelflauten über mehrere Tage andauern können. „Mehr Windräder bedeuten nicht automatisch mehr Versorgungssicherheit“, betont die Initiative. Auch die Umweltfolgen des Windradbaus stehen im Fokus der Kritik der Bürger-

initiative. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen erfordere erhebliche Mengen an Stahl, Kupfer, Zement und seltenen Erden, deren Gewinnung mit „massiven Umweltschäden“ verbunden sei. „Jedes zusätzliche Windrad außerhalb der Windvorrangzonen des Regionalplans ist eine ökologische Katastrophe“, meint ProBaumberge in der Mitteilung weiter. Die Fehlentwicklung könne daran abgelesen werden, dass Windräder trotz Wind abgestellt würden, weil der Strom nicht gebraucht werde.

Besorgt zeigt sich die Initiative zudem über Schadstoffbelastungen durch Rotorblätter, die PFAS und „asbestähnliche Fasern“ enthielten. Diese sogenannten „Ewigkeitschemikalien“ könnten in die Umwelt gelangen und sich in Lebensmitteln anreichern. Spätestens in 20 Jahren gebe es „ein gigantisches Entsorgungsproblem“.